

„Nicht aus der Portokasse“

Interview mit Peter te Reh, Hauptreferent des Deutschen Städtetags, über e-Government und die Position des Deutschen Städtetags.

Herr te Reh, vielfach hört man, Deutschland sei, was den Bereich e-Government angeht, nur Mittelmaß. Wie weit sind die deutschen Städte im internationalen Vergleich tatsächlich?

Ich finde grundsätzlich, dass ein Ländervergleich beim e-Government, wie er zur Zeit in einer Vielzahl von Studien versucht wird, nicht besonders aussagekräftig ist. Es gibt einfach zu viele länderspezifische Unterschiede bei den Rahmenbedingungen, etwa beim politischen System, wie zum Beispiel den Föderalismus in Deutschland. Aus meiner Sicht stehen die deutschen Städte deshalb gar nicht so schlecht da, wie manche behaupten.

e-Bürgerdienste bilden nur den für den Bürger sichtbaren Teil von e-Government. Die Verbesserung verwaltungsinthertner Abläufe gehört genauso dazu. Wie ist es in den deutschen Städten hiermit bestellt?

Web-Service

Die vom Arbeitskreis „Digitales Rathaus“ erstellte Arbeitshilfe „Schritte auf dem Weg zum digitalen Rathaus“ kann per e-Mail auf der Web-Site des Deutschen Städtetages bestellt werden:

- www.staedtetag.de/10/veroeffentlichungen/beitraege/index.html

In der Tat ist die Organisation eines medienbruchfreien Arbeitsablaufprozesses – der Workflow – ein wichtiger Aspekt des e-Government. Eine Digitalisierung in diesem Bereich stellt die Verwaltungen vor enorme Herausforderungen. Sie können sich vorstellen, dass eine elektronische Abwicklung der internen Abläufe die Reorganisation von herkömmlichen Geschäftsprozessen voraussetzt. Wir haben es also mit einer sehr großen Aufgabe zu tun, die nicht von heute auf morgen zu erledigen ist. Dies ist im übrigen auch ein wesentlicher Grund dafür, dass es mit dem e-Government so langsam vorangeht.

Was sind die wichtigsten Komponenten des digitalen Rathauses?

Zunächst einmal halte ich es sehr wichtig, von „Bausteinen“ zu sprechen. Es sind einzelne Komponenten, die nach und nach eingebaut werden können und keineswegs alle auf einmal von den Kommunen umgesetzt werden müssen. Von entscheidender Bedeutung ist meines Erachtens auch, dass zielgerichtet vorgegangen wird. Und es gilt zu bedenken, dass es neben rechtlichen, organisatorischen und technischen Aspekten sowie den Lösungen und Anwendungen noch ein weiteres ganz wichtiges Element gibt: die Menschen.

Wie können Städte angesichts wegbrechender Einnahmen Investitionen in e-Government finanzieren?

Die angespannte finanzielle Situation hat insofern auch ihr Gutes, als es jetzt den Zwang zu Kooperationen gibt. Es müssen neue Wege beschritten werden. Eine Möglichkeit liegt hier in der Zusammenarbeit der Kommunen mit der Privatwirtschaft in Form von Public-Private-Partnerships. Dennoch darf eins nicht vergessen werden: Der Weg zum e-Government ist nicht aus der Portokasse zu bezahlen.

Wie unterstützt der Deutsche Städtetag seine Mitgliedskommunen auf dem Weg zum e-Government?

Wir messen der Entwicklung von e-Government in der Kommunalverwaltung eine sehr große Bedeutung bei. Deshalb haben wir auch bereits 1998 den Arbeitskreis „Digitales Rathaus“, der damals noch „Digitale Signaturen/Chipkarten“ hieß, eingerichtet. Im Rahmen dieses Arbeitskreises entstanden und entstehen Publikationen, die den Städten



Peter te Reh

als Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem ist die Schaffung des Kommunalnavigators „KommOn“ nennen. Hier sind die kommunalen Spitzenverbände unter Federführung des Deutschen Städtetages angetreten, ein zentrales Online-Portal für den Eintritt in die kommunale Welt zu schaffen. Das Portal verlinkt alle offiziellen Homepages der deutschen Kommunen. Vor dem virtuellen Besuch in der Stadt können sich interessierte Bürger so schon mit grundlegenden Strukturdaten der jeweiligen Stadt vertraut machen. Außerdem sind

„Wir fordern bei jedem neuem Gesetz die Abprüfbarkeit auf e-Government.“

wir auf politischer Ebene tätig. Hier haben wir zuletzt in Arbeitsgruppen und über entsprechende Stellungnahmen an der Novellierung des Signaturgesetzes mitgewirkt, mit dem wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung eines virtuellen Rathauses geschaffen werden.

Was muss auf politischer Ebene geschehen, um die digitale Verwaltung im Land zu fördern?

Unsere Forderung an die Politik ist vor allem, flexibel auf die Bedürfnisse der Kommunen zu reagieren. Außerdem wollen wir erreichen, dass bei jedem neuen Gesetz die Abprüfbarkeit auf e-Government erfolgt.

Das Thema e-Government ist auch deshalb sensibel, da Hierarchieebenen, öffentliche Aufgaben und ganze Behörden grundlegend in Frage gestellt werden. Glauben Sie, dass bei den Verwaltungsmitarbeitern die notwendige Veränderungsbereitschaft erzeugt werden kann?

Es gilt vor allem, keine neuen Ängste zu schüren. Sicher ist es richtig, allen Mitarbeitern in den Verwaltungen klar zu machen, dass e-Government die Zukunft gehört. Dennoch wird der händische Bereich auch seine Berechtigung behalten, so dass diejenigen Verwaltungsmitarbeiter, die sich nicht auf die umfassende Digitalisierung einlassen wollen, dort beschäftigt werden können.

Welche Veränderungen durch e-Government erwarten Sie in der Hierarchieebene Bund – Länder – Kommunen?

Es wird noch stärker kooperiert werden müssen zwischen den einzelnen Ebenen. Aber auch in der Kommunikation zwischen den Behörden sehe ich ein enormes Potenzial, das ausgeschöpft werden muss. Es gilt insgesamt, die Kom-

munikationsstränge zu stärken. Ein gutes Beispiel ist hier das Bundesprojekt Media@Komm, bei dem zwischen den beteiligten Pilotstädten wertvolle Erfahrungen, zum Beispiel was die digitale Signatur betrifft, ausgetauscht werden.

Wird e-Government zu einer neuen Verwaltung führen?

Lassen Sie mich eines dazu sagen: Bei allen Gefahren, die mit dem e-Government natürlich auch einhergehen – Stichwort „Digital Divide“ –, bin ich von einem hundertprozentig überzeugt: Die Zukunft der Verwaltung liegt im e-Government. Und dabei ist es vor allem das Lebenslagenmanagement, bei dem Bürgerthemen wie zum Beispiel Heirat, Umzug oder Studium auf einer Oberfläche abgearbeitet werden, unter der alle Dienstleister zu dieser Lebenslage verknüpft beziehungsweise verlinkt sind, das durch seine Neuartigkeit die Verwaltung nachhaltig verändern wird.

Interview: Sabine Schutz



Rathaus: Städte kommen um Investitionen ins e-Government nicht herum.